

Utopien: Nichts muss so bleiben, wie es ist...

Fr, 17. September 2010

Christoph Zöpel

„Politik mit neun Milliarden Menschen“

Christoph Zöpel war von 1972-1990 Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen und anschließend bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD. Unter der Regierung Schröder fungierte er unter anderem von 1999-2002 als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Heute ist er als Honorarprofessor der Universität Dortmund und als freier Publizist tätig.

In seinem Vortrag vertrat Herr Zöpel die These, dass die Realisierung einer Weltdemokratie nur vermeintlich utopisch sei. Diese These belegte er anhand von drei zentralen Gesichtspunkten. In einem ersten Teil erklärte er, dass die erste Voraussetzung für eine Weltdemokratie, nämlich das Vorhandensein einer Weltgesellschaft, aus unterschiedlichen Gründen (globale Vernetzung durch neue Informationstechnologien, Fähigkeit der Menschheit sich zu vernichten seit Hiroshima bzw. der ersten sowjetischen Atombombe, Bevölkerungsanstieg bis 2050 auf voraussichtlich über 9 Milliarden Menschen) schon heute gegeben sei, obwohl das viele nicht oder nur ungern anerkennen. Auch wenn jeder Mensch eine eigene multiple kulturelle Identität besitze, so verfüge die Menschheit als Ganzes doch über Fähigkeiten (Sprachfähigkeit, Kulturfähigkeit, Rechtsfähigkeit, Technikfähigkeit), die ihr eine weltgesellschaftliche Dimension verleihen.

In einem zweiten Teil legte er dar, in welcher Weise auch die zweite Voraussetzung, nämlich die Herausbildung eines globalen politischen Systems, Realität werden könnte. Zentral sind für den Referenten hierbei die Verwirklichung des Prinzips der Gewaltenteilung (primär föderales System mit handlungsfähigen Weltregionen, aber auch montesquieusches Prinzip), die Garantie der Menschenrechte (vor allem Redefreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit von Not, Freiheit von Furcht) und die Gewährleistung einer gleichen Repräsentation aller Weltbürger in den demokratischen Institutionen (bevölkerungsreichste Staaten individuell vertreten, die übrigen in regionalen Zusammenschlüssen). Zur Verwirklichung der montesquieuschen Gewaltenteilung fehlt es nach Meinung des Referenten aktuell vor allem an einem Weltparlament, welchem in einem globalen demokratischen System vor allem die Funktion der Kontrolle zukäme.

In einem dritten Teil verdeutlichte Prof. Zöpel schließlich die Notwendigkeit einer Weltdemokratie um globalpolitische Aufgaben (namentlich in erster Linie menschliche Sicherheit im Sinne von sozialer Absicherung und gesellschaftliche Nachhaltigkeit) zu bewältigen.

Durch die Länge des Vortrags kam in der anschließenden Diskussion die Frage nach aktuellen Reformbestrebungen der UN bzw. der EU etwas zu kurz.

*Anja Kurz
Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg*